



Sogenannter Wechselschichten einverstanden erklärten, die den Bauarbeitern wenigstens die Hälfte des seither verdienten Lohnes sichern.

Die Lage des Baustoffmarktes liegt entsprechend der des Baugewerbes. Die Zementindustrie melbet das Ruhen des Ausführungsgeäfts, die Ziegelindustrie arbeitet auf Lager. Die Fortführung ihrer Tätigkeit war teilweise wegen Mangels an Arbeitskräften, der durch das zahlreiche Einrücken zu den Fahnen und das Abreisen ausländischer Arbeiter entstand, nicht möglich.

„Mehr Entgegenkommen“.

Unter diesem Stichwort wird der „Post“ von einem Bauunternehmer geschrieben:

„Seit Jahren wird das genügend daniebertliegende Baugewerbe von den Zementlieferanten in unglaublicher Weise geknebelt. Die Verkrüftung ist bei den nord-, mittel- und süddeutschen Lieferanten bereits derartig fortgeschritten, daß, wie uns aufgezeigt wurde, sogar einzelne Werke sich gegenseitig zur Erschwerung von Lieferungen anfeuern, sobald dieses oder jenes aus höchst berechtigten Gründen mit den Abnehmern Schwierigkeiten gehabt hat. Nach Ausbruch des Krieges haben anscheinend sämtliche Zementvereinigungen das Prinzip aufgestellt, daß erst gezahlt werden soll, ehe überhaupt eine Lieferung stattfindet! Uns ist das zwar direkt noch nicht passiert; dieser Umstand wurde uns aber von einem Baumaterialienhändler nachgewiesen, der der betreffenden Zementfabrik in Mitteldeutschland mit der kürzesten Frist am 15. des der Lieferung folgenden Monats in bar zahlte. Genannter hatte mit der Fabrik einen Monatsvertrag von etwa 15 000 M., und das fünf Jahre lang.

Ein derartiges Vorgehen der Zementfabriken ist für das ganze Baugewerbe, das, wie Ihnen bekannt ist, seit Jahren außerordentlich daniebertliegt, mehr wie gefährlich. Durch die große Anzahl Arbeiter, die mit dem Baugewerbe in Verbindung stehen, werden natürlich auch diese furchtbar geschädigt. Wir möchten in dem ersten Artikel noch nicht Namen nennen und bitten, auch uns nicht aufzuführen. Wenn man aber berücksichtigt, daß all die großen Betriebe mit Gewalt auf allen Baustellen arbeiten, nur um der Arbeitslosigkeit zu steuern, dann muß man das Vorgehen der Zementvereinigungen direkt für staatsgefährlich und im höchsten Grade für unerfroren halten! Sollte gegen ein derartiges Gebaren nicht auf dem Wege des Gesetzes vorzugehen sein? Die Behörden — wir arbeiten fast ausschließlich mit solchen — würden uns doch mindestens für überfahren halten, wenn wir erst bar Geld fordern würden, ehe unsere Bauten aufgestellt sind. Wir geben gerade Ihnen die Beschwerde, daß wir hoffen, daß diese — ebenso wie ein von uns gefandenes früheres Schreiben — wieder von der Behörde aufgefaßt wird. Jedenfalls hatte seinerzeit der Artikel zur Folge, daß der Staat Millionen gespart hat, welchen Nachweis wir Ihnen bei einer mündlichen Unterredung gern erbringen wollen.“

Dem kann man in allen Teilen zustimmen. Ein solches Vorgehen ist wirklich „staatsgefährlich“ und „unerfroren“. Hoffentlich macht die Regierung von dem angeordneten Vorgehen gegen die Konventionen, die mit ihren drakonischen Maßnahmen die Entwicklung des Wirtschaftslebens empfindlich schädigen, bald Gebrauch.

Allgemeines

Amtliche Auskunfterteilung über verwundete und gefallene Krieger. Vom königlich Preussischen Kriegsministerium ist in Berlin im Gebäude des Kriegsakademie, Dorotheenstr. 48, für die Dauer des Krieges für die preussische Armee ein Zentralnachweiskureau errichtet. Es erteilt Auskunft über alle verwundeten und gefallenen Personen der eigenen Armee. Die Abreise des Zentralnachweiskureau ist: An das Zentralnachweiskureau des königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 48. Die Auskunfterteilung erfolgt schriftlich jedoch nur auf Anfragen, die auf den bei jedem Postamt erhältlichen Rosa-Antwortkarten bestellt sind.

Ferner wurden errichtet beim königlich Bayerischen, sächsischen und württembergischen Kriegsministerium in München, Dresden und Stuttgart je ein Nachweiskureau für die Angehörigen der betreffenden Armeen. Ferner erteilt Auskunft: das Zentralnachweiskureau des Reichsmarineamts, Matthäikirchstr. 9, über alle Angehörigen der Marine; das Auswärtige Amt über deutsche Staatsangehörige im Ausland, auch soweit möglich über deutsche Gefangene in Feindesland; die Bezirkskommandos an Kriegsfreiwillige. Die vollständigen Verlustlisten sind nur durch Postabonnament (monatlich 60 Pf.) zu beziehen.

Verwundete Verbandangehörige. Von den Angehörigen des christlichen Bauarbeiterverbandes wurden 27 per Fahne einberufen. Davon wurden bis jetzt zwei verwundet: der Kollege Schwarz-Strassburg (Wandhauer, letzter Verwundeter) und Ferdinand Gahleitner-Königsbrunn. Letzterer erhielt eine Verletzung an der Nase und Kejer durch einen Granatsplitter.

Gehaltsentwässerungen für Lagerstättenbesitzer. Der Reichsausschuß für den Reichsbau hat angedeutet, daß bei den Angehörigen der Fronten oder verwundeten deutschen Krieger, die sich innerhalb Deutschlands in ärztlicher Pflege befinden, bei Zahlung von Besoldung über die Besoldung oder anderen Auszahlungen eine

Zahnpreisermäßigung gewährt wird. Diese soll in der zweiten, dritten und vierten Wagenklasse die Hälfte der gewöhnlichen Sätze betragen. Bei Benutzung von Schnellzügen ist außerdem der tarifmäßige Zuschlag zu entrichten. Die Vergünstigung tritt in den nächsten Tagen für das gesamte Gebiet der deutschen Staatsbahnen, jedoch nur im Verkehr mit Stationen, die mehr als 50 Kilometer von dem Ausgangspunkt entfernt sind, in Kraft. Als Angehörige gelten: die Eltern, Kinder, Geschwister, die Ehefrau und Verlobte des verwundeten oder erkrankten Kriegers. Wer für den Besuch solcher die Zahnpreisermäßigung in Anspruch nehmen will, muß sich von der zuständigen Ortspolizeibehörde einen Ausweis ausstellen lassen.

Beschleunigung des Enteignungsverfahrens. Der Reichskanzler hat eine Verordnung erlassen, die eine Vereinfachung und Beschleunigung des Enteignungsverfahrens anordnet. Der Zweck ist, die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, z. B. die Kultivierung von Mooren, und die Beschäftigung von Kriegsgefangenen an öffentlichen Arbeiten, zu ermöglichen. Die Verordnung ist zu begrüßen, weil damit das langwierige Enteignungsverfahren aufgehoben wird, das in gegenwärtiger Zeit, wo schnell Arbeitsgelegenheit beschafft werden muß, nur brüdernd und hemmend empfunden würde.

123 000 Arbeitslose in der Provinz Brandenburg. Von dem Vertreter der Regierung wurde auf der Tagung des Brandenburgischen Provinziallandtags mitgeteilt, daß gegenwärtig rund 10 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Provinz arbeitslos seien. In einigen Berufen, wie bei den Sattlern, Zimmerern, Spezialgruppen der Metallarbeiter, Wädem und Fleischern, sei die Arbeitsgelegenheit eine gute, in der Holzindustrie und im Baugewerbe dagegen sei eine starke Einschränkung, teilweise sogar ein völliger Stillstand zu konstatieren. Eine starke Arbeitslosigkeit macht sich in den weiblichen Berufen bemerkbar. Das Ueberangebot von Dienstmädchen scheint nachgelassen zu haben, da ein Teil der Mädchen, die vom Lande zur Stadt kamen, nach dort zurückgekehrt sind, sobald auch die Herrschaften, die in der ersten Bestürzung ihr Personal entließen, wieder mehr und mehr zur Wiedereinstellung schreiten. Zur Unterstützung der arbeitslosen Arbeiter, Handwerker und Kleingewerbetreibenden bewilligte der Provinziallandtag fünf Millionen Mark.

Nachahmenswert. Die Stadtgemeinde Lichtenberg bei Berlin beschloß, für in Not befindliche Angehörige der Kriegsteilnehmer und für Arbeitslose einen Mietszuschuß zu bezahlen. Derselbe soll die Hälfte der Miete, höchstens aber 20 M im Monat, betragen. Die Vermieter müssen sich jedoch mit der nachträglichen Zahlung der Miete einverstanden erklären, auch sich verpflichten, für die Zeit, für welche die Stadt die Hälfte der Miete bezahlt, den Mieter nicht aus der Wohnung zu entfernen. Erhält der Mieter von seinem Arbeitgeber eine so hohe Unterstützung, daß die Miete daraus im wesentlichen gezahlt werden kann, fällt der Zuschuß der Stadt weg. Dieses Vorgehen ist nachahmenswert, denn gerade die Mietzahlung ruht auf den meisten Familien am drückendsten.

Mangel an Baumaterial. Als ein Grund für die Schwierigkeiten, in denen das Baugewerbe sich befindet, kommt auch der Mangel an Baumaterialien in Betracht. Das ist indessen nicht so zu verstehen, als ob ein Mangel an Baumaterialien überhaupt vorhanden wäre. Das nicht, diese sind in genügender Menge vorhanden, nur fehlen die Transportmittel, um sie an Ort und Stelle des Verbrauchs zu bringen. Der eingeschränkte Güterverkehr und die Requirierung von Pferden und anderen Transportmitteln haben die Zufuhr ziemlich stark beeinträchtigt, insbesondere ruhte der Güterverkehr in den ersten Wochen des Krieges ganz. In allen Eingaben an Behörden usw. ist daher der Wunsch erhoben, den Transport von Baumaterialien in größerem Umfang zuzulassen. Das ist auch bereits geschehen und wird, soweit die militärischen Transporte dies zulassen, in immer größerem Umfang erfolgen. Natürlich gehen die militärischen Bedürfnisse gegenwärtig allem anderen vor, was eine naturnotwendige Selbstverständlichkeit ist.

Förderung der Staatsbauten. Sämtliche bayerischen Ministerien weisen in einer Verfügung die ihnen unterstellten Behörden an, sämtliche bereits begonnenen Neu- und Erweiterungsbauten, gleichviel ob sie im eigenen Betriebe des Staates ausgeführt werden oder an Unternehmer vergeben sind, alsbald fortzuführen. Nach Möglichkeit sollen auch noch nicht in Angriff genommene Neu- und Erweiterungsbauten, für die im ordentlichen und außerordentlichen Budget die Mittel bereits bewilligt worden sind, baldigst in Angriff genommen werden. Bei Vergabe von Arbeiten sollen diese Leistungen in möglichst kleine Lose eingeteilt werden, um vielen Gewerbetreibenden Beschäftigung zu bieten.

Dieses Vorgehen ist nur zu begrüßen und wäre zu wünschen, daß alle übrigen Behörden und Privaten dem nachstreben möchten.

Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie. Zu den Industrien, die von den Folgen des Krieges wohl am meisten getroffen werden, gehört auch die Tabakindustrie. Konnte doch der christliche Tabakarbeiterverband kurz nach der Mobilmachung feststellen, daß rund zwei Drittel seiner Mitglieder arbeitslos waren und das restliche Drittel fast ausschließlich eingeschränkt arbeitete. In den weiteren Wochen ist es dann etwas besser geworden. Durch eine weitere Erhebung des genannten Verbandes wurde festgestellt, daß am 7. September von den nicht zur

Zahne eingerückten Mitgliedern 33,6 Prozent arbeitslos waren und 53,3 Prozent eingeschränkt arbeiteten. Nur 26 Prozent arbeiteten voll oder mehr als 40 Stunden in der Woche.

Bei einer solchen Arbeitslosigkeit sah sich der christliche Tabakarbeiterverband genötigt, den Beitrag zu ermäßigen und die Arbeitslosenunterstützung aufzuheben. Die anderen Unterstützungen wurden beibehalten. Angesichts dessen ist es zu begrüßen, daß jetzt die Firmen wieder mehr dazu übergehen, die Betriebe zu öffnen und so den Arbeitern Gelegenheit geben, wieder etwas zu verdienen. Einzelne Firmen sind den Arbeitern auch insofern entgegengekommen, indem sie sowohl die Familien der zur Fahne einbezogenen, wie auch die beschäftigungslos gewordenen Arbeiter unterstützten. Wenn die Zahl dieser Firmen auch sehr klein ist, so verdient ihr Vorgehen doch volle Anerkennung. So gewährt die Firma Henrs. Oldenkott sen. u. Co. in Rees für die Dauer des Krieges den Familien der Eingezogenen eine monatliche, je nach der Kinderzahl bemessene Unterstützung von 25 bis 65 M. Auch bezahlt sie für diese die vollen Beiträge zur Familienrentenkasse. Die vorübergehend beschäftigungslos gewordenen Arbeiter erhalten den halben Wochenlohn. Den armen Tabakarbeitern wäre es zu gönnen, wenn dieses Beispiel auch von den anderen Tabakfirmen Nachahmung finden würde.

Der Krieg bringt manchem Unternehmer einen guten Verdienst. Die Arbeiter auch daran teilnehmen zu lassen, fällt natürlich nur wenigen ein, manche bemühen die gegenwärtige Zeit noch, um die Löhne zu drücken. In Danzig wandte sich der Deutsche Bauarbeiterverband beschwerdeführend an die Intendantur, weil die Arbeitgeber trotz der guten Konjunktur und trotz der erhöhten Lebensmittelpreise keinen Pfennig erhöhten Lohn zahlen wollten. Er erhielt daraufhin folgendes Schreiben:

„Intendantur des 17. Armeekorps, Danzig, den 4. September 1914.“

Ihr Schreiben an die Kommandantur vom 21. August ist der Intendantur übergeben.

Es ist richtig, daß die hiesige Bauinnung, welche die Arbeiten und Lieferungen für die Baracken des Korpsbefehlshabers auf Kasernen Neben Kasernen Gertrud und auf anderen Baustellen auf Grund eines bereits im Frieden geschlossenen Vertrages ausführt, Preise erhält, welche um 60 bis 100 Prozent und mehr über die im Frieden üblichen Preise hinausgehen.

Diese Preise wurden der Bauinnung mit Rücksicht auf die schnelle Beschaffung der Baustoffe und die im Krieg gewöhnlich auftretende Erhöhung der Preise für Baustoffe und Arbeitsleistung und wegen der kurzen Fristen für die Fertigstellung der Baracken zugestanden. Hierbei wurde allerdings vorausgesetzt, daß tatsächlich auch die Bauinnung zur Zahlung höherer Löhne durch die Verhältnisse gezwungen sein würde.

Wenn die Firmen Jey und Jall, Berg u. Co. nur die tarifmäßigen Stundenlöhne zahlen, so ist das sehr bedauerlich, der Intendantur steht indessen leider keine Handhabe zur Seite, die Firmen zur Zahlung höherer Löhne entsprechend den ihnen zu zahlenden Preisen zu veranlassen.“

Gewiß, tariflich waren die Unternehmer nicht verpflichtet, einen höheren Lohn zu zahlen, aber so viel Verständnis sollten sie doch aufbringen, und auch die Arbeiter an dem durch den Krieg bedingten Mehrverdienst teilnehmen lassen.

Verbandsnachrichten

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 4. Oktober, der 31. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig ist.

Versammlungskalender

Zudau. Am Sonntag, den 4. Oktober, findet nachmittags Punkt 1 Uhr im Schützenhause eine Mitgliederversammlung statt. Wir bitten diejenigen Kollegen, die in der letzten Versammlung nicht zugegen waren, diesmal aber auch bestimmt zu kommen. J. A.: R. Krüger. E. Silbebrandt.

Sterbetafel.

Den Heldentod fürs Vaterland fand unser langjähriges Mitglied Anton Simon in Feindesland. Seine Kreuze für unsere Sache war vorbildlich. Verwaltungsstelle Hannover. Am 18. September starb unser treuer Kollege Gustav Seibt an Speiseröhrenkrebs im Alter von 61 Jahren. Zahlstelle Oestlich. Den Heldentod für König und Vaterland fand unser treuer Kollege Karl Kersten. Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren bleiben. Verwaltungsstelle Emsdetten. Den Heldentod fürs Vaterland fand unser Mitglied Joseph Kiebes. Zahlstelle Herbingen. Ehre ihrem Andenken!